



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

Weisungen über die Übertragung weiterer Aufgaben an die Ausgleichskassen (WÜWA)

Gültig ab 1. Januar 2014

Stand 1. Januar 2014

318.303.04 d

01.14

Vorwort

Das BSV musste die Aufsicht über die übertragenen Aufgaben durch bestimmte Ereignisse in den letzten Jahren überdenken. Es hat sich gezeigt, dass die Richtlinien rund um die übertragenen Aufgaben präzisiert werden müssen. Als Konsequenz erlässt das BSV eine neue Weisung zu diesem Thema.

Die Weisung bezweckt im wesentlichen zwei Aspekte:

- Sie soll das Gesuch- und Bewilligungsverfahren durch genaue inhaltliche Anforderungen präzisieren und somit vereinfachen. Rückfragen sollen möglichst vermieden werden. So wird das Verfahren für alle Parteien transparenter und effizienter gestaltet.
- Zweitens wird ein kollektives Bewilligungsverfahren eingeführt für Kantone, die alle in ihrem Kanton tätigen Ausgleichskassen eine weitere Aufgabe übertragen möchten bspw. aufgrund eines kantonalen Gesetzes. Dies betrifft vor allem Aufgaben an die Familienausgleichskassen gemäss Art. 17 Abs. 2 lit. I FamZG. Die Gründerverbände würden so von der Pflicht befreit, ein Gesuch für ihre Ausgleichskasse für eine vom Kanton übertragene Aufgabe beim BSV einzureichen. So würde vor der Einführung der übertragenen Aufgabe garantiert, dass diese die ordnungsgemässe Durchführung der AHV nicht gefährdet und angemessen entschädigt wird.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	2
Inhaltsverzeichnis	3
Abkürzungen	4
1. Geltungsbereich und Einführung.....	5
2. Bewilligungsvoraussetzungen.....	5
3. Allgemeines Bewilligungsverfahren.....	6
3.1. Allgemeines	6
3.2. Art und Umfang der übertragenen Aufgabe	6
3.3. Finanzielles.....	7
3.4. Kundenkreis.....	8
3.5. Organisatorisches	8
3.6. Revision.....	9
4. Kollektives Bewilligungsverfahren	9
4.1. Allgemeines	9
4.2. Verfahren.....	10
4.3. Inhalt des Gesuchs	10
5. Abschliessende Bemerkungen.....	11
6. Inkrafttreten.....	12
Anhang.....	13
A. Checkliste für das einzelne Gesuch	13
B. Checkliste für das kollektive Gesuch.....	14

Abkürzungen

AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AHVG	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
AHVV	Verordnung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
AK	Ausgleichskasse
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen
FAK	Familienausgleichskasse
FamZG	Bundesgesetz über die Familienzulagen
FamZV	Verordnung über die Familienzulagen
KAK	Kantonale Ausgleichskasse
Rz	Randziffer
VAK	Verbandsausgleichskasse
WBG	Weisungen über Buchführung und Geldverkehr der Ausgleichskassen

1. Geltungsbereich und Einführung

- 1100 Die nachfolgenden Weisungen regeln die Voraussetzungen und das Verfahren der Bewilligung durch das Bundesamt für Sozialversicherungen (nachfolgend Bundesamt) für die Übertragung weiterer Aufgaben an die Ausgleichskassen und Familienausgleichskassen durch die Kantone und die Gründerverbände nach [Art. 63 Abs. 4 AHVG](#) i.V.m. [Art. 130 bis 132 AHVV](#) und [Art. 17 Abs. 2 lit. I FamZG](#) i.V.m. [Art. 130 bis 132 AHVV](#).
- 1200 Dem Bundesamt sind von den Kantonen und den Gründerverbänden alle notwendigen Angaben und Daten zur Kenntnis zu bringen, damit die ordnungsgemässe Durchführung, die organisatorischen Massnahmen, die finanziellen Entschädigungen und allfällige Risiken einer übertragenen Aufgabe geprüft werden können.

2. Bewilligungsvoraussetzungen

- 2100 Dem Bundesamt muss ein schriftliches Gesuch eingereicht werden;
- bei kantonalen Ausgleichskassen (KAK) vom Kanton
 - bei Verbandsausgleichskassen (VAK) von allen Gründerverbänden.
- 2200 Übertragene Aufgaben müssen einer der folgenden Kategorien zugeordnet werden können:
- nach [Art. 63 Abs. 4 AHVG](#) bzw. [Art. 17 Abs. 2 lit. I FamZG](#):
 - Unterstützung von Armeeangehörigen
 - Familienschutz
 - nach [Art. 130 Abs. 1 AHVV](#):
 - a. zur Sozialversicherung gehören;
 - b. der beruflichen und sozialen Vorsorge dienen;
 - c. der beruflichen Aus- und Weiterbildung dienen; oder
 - d. anderweitig nicht gewinnorientiert sein und den Kantonen oder Gründerverbänden zugute kommen.

- 2300 Die Durchführung der übertragenen Aufgaben darf die ordnungsgemässe Durchführung der AHV nicht gefährden ([Art. 130 Abs. 2 AHVV](#)).
- 2400 Im Gesuch wird die übertragene Aufgabe umschrieben und es werden Angaben über die beabsichtigten organisatorischen Massnahmen gemacht ([Art. 131 Abs.1 AHVV](#)).
- 2500 Die Ausgleichskassen müssen für die ihnen übertragenen Aufgaben vollständig entschädigt werden ([Art. 132 Abs. 1 AHVV](#)).
- 2600 Die Kassenrevisionen müssen sich auch auf die übertragenen Aufgaben erstrecken ([Art. 132 Abs. 2 AHVV](#)).

3. Allgemeines Bewilligungsverfahren

3.1. Allgemeines

- 3101 Das schriftliche Gesuch muss (bei KAK) vom Kanton bzw. (bei VAK) von den Gründerverbänden in der Regel spätestens sechs Monate vor der Einführung der übertragenen Aufgabe beim Bundesamt eintreffen.
- 3102 Grundsätzlich enthält das Gesuch die Umschreibung der übertragenen Aufgabe, deren Zweck und organisatorische Umsetzung. Ausserdem muss der Zeitpunkt angegeben werden, ab wann die übertragene Aufgabe durchgeführt wird.

3.2. Art und Umfang der übertragenen Aufgabe

- 3201 Die Aufgabe muss detailliert beschrieben werden. Insbesondere muss erklärt werden, ob die übertragene Aufgabe in eigener Führung oder als Abrechnungsstelle geführt wird (vgl. [Rz 1201 WBG](#)). Weiter muss genau festgehalten werden, welche Tätigkeiten von der Ausgleichskasse ausgeführt werden.

3.3. Finanzielles

- 3301 Es müssen Angaben über die Höhe der erwarteten Beiträge und Leistungen während mindestens der ersten drei Jahre gemacht werden.
- 3302 Es muss erklärt werden, wie die ausbezahlten Leistungen der übertragenen Aufgaben finanziert werden, sodass keine Schuld gegenüber dem Rechnungskreis 1 entsteht (vgl. [Rz 1206 WBG](#)).
- 3303 Falls für die übertragene Aufgabe Eigenkapital aufgebaut werden muss (z.B. gemäss [Art. 15 Abs. 3 FamZG](#), [Art. 13 Abs. 2 FamZV](#)), müssen Angaben darüber gemacht werden, wie dies erreicht werden soll.
- 3304 Die Ausgleichskasse muss für die Führung der übertragenen Aufgabe vollständig entschädigt werden ([Art. 132 Abs. 1 AHVV](#); [Rz 1209 WBG](#)). Das Entschädigungsmodell über die laufenden Kosten muss ausführlich beschrieben sein. Ebenfalls muss erklärt werden, in welchem zeitlichen Abstand die Angemessenheit dieses Entschädigungsmodells überprüft wird.
- 3305 Die Ausgleichskasse muss das Entschädigungsmodell prüfen und für angemessen erachten. Die Bestätigung für diese Prüfung kann dem Gesuch als Anhang beigelegt sein oder die Kasse bestätigt dies dem Bundesamt direkt.
- 3306 Ebenfalls muss bestätigt werden, dass die einmaligen Kosten der Einführung entschädigt werden.
- 3307 Es müssen Angaben darüber gemacht werden, ob die übertragene Aufgabe innerhalb der AHV-Buchhaltung geführt wird und falls ja, in welchem (dreistelligen) Rechnungskreis.

3.4. Kundenkreis

- 3401 Grundsätzlich sind alle übertragenen Aufgaben nur den angeschlossenen Mitgliedern der Gründerverbände oder Beitragspflichtigen der kantonalen Ausgleichskassen zur Verfügung zu stellen. Es muss nachgewiesen werden, dass das der Fall ist (bspw. durch einen Artikel im Reglement oder in den Statuten), andernfalls muss eine detaillierte Begründung angegeben und der erweiterte Kundenkreis beschrieben werden.

3.5. Organisatorisches

- 3501 Es sind Angaben über sämtliche organisatorische Massnahmen zu machen, die von der Ausgleichskasse getroffen wurden und werden, um die übertragene Aufgabe angemessen auszuführen.
- 3502 Es ist eine Schätzung über den zusätzlichen zeitlichen Aufwand für die Führung der übertragenen Aufgabe abzugeben.
- 3503 Es muss bestätigt werden, dass das gegenwärtige Personal der Ausgleichskasse ausreicht, um die übertragene Aufgabe ohne Beeinträchtigung der Durchführung der AHV durch zu führen oder, falls nicht, dass der Personalbestand angemessen erweitert wird.
- 3504 Es muss bestätigt werden, dass die IT-Lösungen in der Ausgleichskasse vorhanden sind, adaptiert oder neu erschaffen werden, um die übertragene Aufgabe angemessen auszuführen.
- 3505 Es muss bestätigt werden, dass Massnahmen getroffen werden, um den Datenschutz zu gewährleisten. Wenn ein laufender Datenaustausch mit Dritten geplant ist, muss definiert werden, um welche Daten es sich handelt und zu welchem Zweck dieser Austausch stattfindet.

3506 Es müssen Angaben darüber gemacht werden, ob die Pauschalfrankatur auf die übertragene Aufgabe ausgedehnt wird.

3.6. Revision

3601 Es muss bestätigt werden, dass die Revision der Ausgleichskasse sich auf die übertragene Aufgabe erstreckt.

3602 Es muss bestätigt werden, dass die übertragene Aufgabe von der gleichen Revisionsstelle revidiert wird, die auch die AHV revidiert.

3603 Es müssen Angaben über den Umfang der vorgesehenen Revision gemacht werden; d.h. über diejenige der buchhalterischen sowie der materiellen Prüfung.

3604 Es muss angegeben werden, ob für die Revision der übertragenen Aufgabe ein separater Revisionsbericht erstellt wird.

3605 Ist für die Führung der übertragenen Aufgaben die Bewilligung einer weiteren Aufsichtsbehörde erforderlich, ist diese dem Gesuch beizulegen oder, falls diese noch nicht vorliegt, der aktuelle Stand des Bewilligungsverfahrens darzulegen.

4. Kollektives Bewilligungsverfahren

4.1. Allgemeines

4101 Erlässt ein Kanton gesetzliche Regelungen über die obligatorische Führung einer übertragenen Aufgabe für die eigene KAK und alle im Kanton tätigen VAK (bspw. gemäss [Art. 17 Abs. 2 lit. I FamZG](#) für alle FAK nach [Art. 14 FamZG](#) die im Kanton tätig sind), kann das Bundesamt unter nachfolgend erwähnten Bedingungen eine kollektive Bewilligung für alle betroffenen Ausgleichskassen aussprechen.

4102 Die weiteren Voraussetzungen sind analog den Rz 2200-2600 anzuwenden.

4.2. Verfahren

4201 Das schriftliche kollektive Gesuch ist vom Kanton in der Regel bis spätestens sechs Monate vor der Einführung der übertragener Aufgabe beim Bundesamt einzureichen.

4202 Die übertragene Aufgabe kann nur auf Beginn eines Kalenderjahres kollektiv übertragen werden.

4203 Die Gesuche werden den Ausgleichskassen in der Regel spätestens 30 Tage nach Eingang beim Bundesamt mittels AHV-Mitteilung angekündigt.

4.3. Inhalt des Gesuchs

4301 Alle betroffenen Ausgleichskassen müssen aufgelistet werden.

4302 Die gesetzliche Regelungen und ggfs. Abkommen (bspw. eine Leistungsvereinbarung mit den betroffenen Ausgleichskassen) müssen dem Gesuch beigelegt werden.

4303 Die Aufgabe muss detailliert beschrieben werden. Insbesondere muss genau festgehalten werden, welche Tätigkeiten von der Ausgleichskasse ausgeführt werden.

4304 Es müssen Angaben über die Höhe der erwarteten Beiträge und Leistungen während mindestens der ersten drei Jahre gemacht werden.

4305 Die Ausgleichskassen müssen für die Führung der übertragener Aufgabe vollständig entschädigt werden ([Art. 132 Abs. 1 AHVV](#); [Rz 1209 WBG](#)). Ebenfalls müssen die einmaligen Kosten der Einführung entschädigt werden.

- 4306 Es muss aufgezeigt werden, dass das Entschädigungsmodell alle Kosten der übertragenen Aufgabe deckt und es muss erklärt werden, in welchem zeitlichen Abstand dieses Entschädigungsmodell auf seine Angemessenheit überprüft wird.
- 4307 Es muss beschrieben werden, wie der Kanton dafür sorgt, dass aufgrund der ausbezahlten Leistungen der übertragenen Aufgaben bei den betroffenen Ausgleichskassen keine Schuld gegenüber dem Rechnungskreis 1 entsteht, d.h., genügend Liquidität vorhanden ist, um die Leistungen zu bezahlen (vgl. [Rz 1206 WBG](#)).
- 4308 Grundsätzlich sind alle übertragenen Aufgaben nur den angeschlossenen Mitgliedern der Gründerverbände und den Beitragspflichtigen der kantonalen Ausgleichskasse zur Verfügung zu stellen. Falls sich die übertragene Aufgabe auch auf Dritte erstreckt, muss eine detaillierte Begründung angegeben und der erweiterte Kundenkreis beschrieben werden.

5. Abschliessende Bemerkungen

- 5100 Anpassungen des Zwecks oder der Tätigkeiten oder die Ausweitung einer bewilligten übertragenen Aufgabe müssen dem Bundesamt gemeldet werden und bedürfen ggfs. einer erneuten Bewilligung.
- 5200 Wird die bewilligte übertragene Aufgabe nicht mehr ausgeführt, muss das Bundesamt darüber in Kenntnis gesetzt werden.
- 5300 Die Bewilligung des Bundesamtes kann an bestimmte Bedingungen geknüpft sein ([Art. 131 Abs. 2 AHVV](#)).
- 5400 Das Bundesamt kann die Bewilligung widerrufen, wenn sich nachträglich erweist, dass durch die Übertragung der weiteren Aufgabe die ordnungsgemässe Durchführung der AHV infrage gestellt wird ([Art. 131 Abs. 3 AHVV](#)).

6. Inkrafttreten

6100 Diese Weisung tritt auf den 1. Januar 2014 in Kraft.

Anhang

A. Checkliste für das einzelne Gesuch

Thema	Bemerkungen
<i>Unterschrift</i>	Kanton/Gründerverbände
<i>Kategorie</i>	nach Rz 2200
<i>Zeitpunkt</i>	Gesuch 6 Mt. vor Einführung der ü. A.
<i>Zweck der ü. A.</i>	inkl. Umschreibung (Beilagen wie Reglement/Statuten/kant. Gesetz etc.)
<i>Art und Umfang</i>	v.a. eigene Führung vs. Abrechnungsstelle
	Tätigkeiten
<i>Finanzielles</i>	Höhe der erwarteten Beiträge/Leistungen
	Wie werden Leistungen anfänglich finanziert? → genügend Liquidität
	ggfs. Bildung von Eigenkapital
	Entschädigungsmodell (inkl. Bestätigung der Ausgleichskasse)
	Bestätigung, dass einmalige Kosten entschädigt werden inner- oder ausserhalb AHV-Buchhaltung geführt?
<i>Kundenkreis</i>	angeschlossene Mitglieder oder erweitert? Wenn ja, detaillierte Begründung und Beschreibung
<i>Organisatorische Massnahmen</i>	allgemeine Hinweise / zeitlicher Aufwand
	Personalbestand
	bestehende oder neue IT-Lösungen
	Datenschutz
	Austausch mit Dritten, wie und zu welchem Zweck
	Pauschalfrankatur
<i>Revision</i>	Bestätigung, dass ü. A. revidiert wird
	von der gleichen Revisionsstelle wie die AK
	Beschreibung des Umfangs (materiell, buchhalterisch)
	Separater Revisionsbericht?
	Ist die Bewilligung einer anderen Aufsichtsbehörde nötig? Wenn ja, Gesuch bzw. Bescheid beilegen.

B. Checkliste für das kollektive Gesuch

Thema	Bemerkungen
<i>Unterschrift</i>	Kanton
<i>Kategorie</i>	nach Rz 2200
<i>Zeitpunkt</i>	Gesuch 6 Mt. vor Einführung der ü. A.; auf den 1.1. eines Kalenderjahres
<i>Zweck der ü. A.</i>	inkl. Umschreibung (Beilagen: kant. Gesetz und bspw. Reglement/Statuten)
<i>Betroffene AK</i>	vollständige Liste (im Gesuch oder als Anhang)
<i>Art und Umfang</i>	Detaillierte Angaben der Aufgabe und Tätigkeiten der KAK und den verschiedenen VAK
<i>Finanzielles</i>	Höhe der erwarteten Beiträge/Leistungen
	Wie werden Leistungen anfänglich finanziert? → genügend Liquidität
	Entschädigungsmodell (inkl. Bestätigung der Ausgleichs- kasse) und regelmässige Überprüfung dessen
	Bestätigung, dass einmalige Kosten entschädigt werden
<i>Kundenkreis</i>	angeschlossene Mitglieder oder erweitert? Wenn ja, detaillierte Begründung und Beschreibung
<i>Revision</i>	Bestätigung, dass ü. A. revidiert wird